

Antrag G 1
Antragsteller DG NRW
Betrifft: TAUSCHBÖRSE

*Der 5. Ordentliche Delegiertentag der
Gewerkschaft der Polizei – Bezirk
Bundespolizei möge beschließen ...,*

**Empfehlung der
Antragsberatungskommission:**

Annahme als Arbeitsmaterial

dass der dafür zuständige Personalrat die bisherigen Schriftstücke zu der Tauschbörse in einer einheitlich für alle Dienststellen der BPOL gültigen Dienstvereinbarung abschließt.

Begründung:

Die derzeitige Handhabung der Tauschbörse lässt konkrete Fragen, wie z. B. die Frage der Tauschmöglichkeit zwischen einem kurz vor dem Ruhestand stehenden Tauschpartner unbeantwortet. Hier werden von Direktion zu Direktion unterschiedliche Verfahrensweisen gelebt, die zu vereinheitlichen sind.

- | | | |
|--|---|--|
| <input type="checkbox"/> Angenommen | <input type="checkbox"/> Abgelehnt | <input type="checkbox"/> Arbeitsmaterial |
| <input type="checkbox"/> Arbeitsmaterial zu | <input type="checkbox"/> Erledigt durch | <input type="checkbox"/> Nichtbefassung |
| <input type="checkbox"/> Annahme in der Fassung: | | |

Antrag G 2
Antragsteller DG München
Betrifft: Ausgleichsmaßnahmen Ballungsraum

*Der 5. Ordentliche Delegiertentag der
Gewerkschaft der Polizei – Bezirk
Bundespolizei möge beschließen ...,*

**Empfehlung der
Antragsberatungskommission:**
Annahme

dass zusätzliche finanzielle und soziale Ausgleichsmaßnahmen für Bedienstete der Bundespolizei in sog. Ballungsräumen erfolgen.

Begründung:

Da in sog. Ballungsräumen die Lebenshaltungskosten erheblich höher sind als außerhalb solcher Räume, sollte ein erheblicher finanzieller Zuschlag für die Zeit der Dienstleistung in solchen Bereichen gezahlt werden. Ferner sollten bezahlbare Wohnräume, Immobilien zu mieten bzw. zu erwerben sein. Die Errichtung von z. B. Polizeiwohnheimen ist zu prüfen.

- | | | |
|--|---|--|
| <input type="checkbox"/> Angenommen | <input type="checkbox"/> Abgelehnt | <input type="checkbox"/> Arbeitsmaterial |
| <input type="checkbox"/> Arbeitsmaterial zu | <input type="checkbox"/> Erledigt durch | <input type="checkbox"/> Nichtbefassung |
| <input type="checkbox"/> Annahme in der Fassung: | | |

Antrag G 3
Antragsteller Frauengruppe
Betrifft: Bezahlbarer Wohnraum/Wohnungsfürsorge

*Der 5. Ordentliche Delegiertentag der
Gewerkschaft der Polizei – Bezirk
Bundespolizei möge beschließen ...,*

**Empfehlung der
Antragsberatungskommission:**
Annahme als Arbeitsmaterial zu G 2

dass der Bezirksvorstand beauftragt wird, sich dafür einzusetzen, dass bezahlbarer Wohnraum im Zuge einer Wohnungsfürsorge geschaffen wird.

Begründung:

Angesichts der zwischenzeitlich nicht mehr bezahlbaren Wohnungen in Ballungszentren wie München, Frankfurt am Main etc. sowie weiter explodierender Mieten für einkommensschwache Beschäftigte wie Berufsanfänger/Besoldungseingangssämter, Verwaltungsbeamte mD und Tarifbeschäftigte sollte im Rahmen der Wohnungsfürsorge durch den Bund bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden. Auch Polizeiunterkünfte für kurze Zeiträume wie Abordnungen, Besprechungen, Fortbildungen etc. sollen durch den Bund gebaut werden. Bei der Einrichtung von Polizeiwohnheimen sollte darauf geachtet werden, familienfreundliche Umgebungen sowohl im Innen- wie auch im Außenbereich zu schaffen.

- | | | |
|--|---|--|
| <input type="checkbox"/> Angenommen | <input type="checkbox"/> Abgelehnt | <input type="checkbox"/> Arbeitsmaterial |
| <input type="checkbox"/> Arbeitsmaterial zu | <input type="checkbox"/> Erledigt durch | <input type="checkbox"/> Nichtbefassung |
| <input type="checkbox"/> Annahme in der Fassung: | | |

Antrag G 4
Antragsteller Junge Gruppe
Betrifft: Kaufkraftausgleich

*Der 5. Ordentliche Delegiertentag der
Gewerkschaft der Polizei – Bezirk
Bundespolizei möge beschließen ...,*

**Empfehlung der
Antragsberatungskommission:**

Annahme als Arbeitsmaterial

dass sich der Bezirksvorstand für die Anwendung des Kaufkraftausgleiches, gemäß § 55 BBesG, als Reaktion auf die stetig steigenden hohen Lebenskosten in deutschen Großstädten und daran angrenzende Ballungsräume, einsetzt.

Begründung:

- hohe Diskrepanz bezüglich der Lebenshaltungskosten (Miete, Steuern, Versicherung, Beiträgen für Kita, etc) im Vergleich deutscher Großstädte (Berlin, Stuttgart, Hamburg, Frankfurt, München, etc) zu Kleinstädten und Gemeinden
- die gegenwärtige Situation erfordert, dass viele PolizistInnen in Ballungsräumen Zweitjobs haben, das steht im Widerspruch zur Fürsorge des Dienstherrn
- ein Kaufkraftausgleich steigert die Attraktivität für die Arbeit eines/-r Polizisten/-in in den Großstädten.

- | | | |
|--|---|--|
| <input type="checkbox"/> Angenommen | <input type="checkbox"/> Abgelehnt | <input type="checkbox"/> Arbeitsmaterial |
| <input type="checkbox"/> Arbeitsmaterial zu | <input type="checkbox"/> Erledigt durch | <input type="checkbox"/> Nichtbefassung |
| <input type="checkbox"/> Annahme in der Fassung: | | |

Antrag G 5
Antragsteller DG Baden Württemberg
Betrifft: Reisetage an dienstfreien Tagen

*Der 5. Ordentliche Delegiertentag der
Gewerkschaft der Polizei – Bezirk
Bundespolizei möge beschließen ...,*

**Empfehlung der
Antragsberatungskommission:**

Annahme in geänderter Fassung: ..dass
die Dienstreisebestimmungen
dahingehend geändert werden, dass
Dienstreisen an allg. arbeitsfreien Tagen
nicht angeordnet werden dürfen.

dass das Bundesreisekostengesetz sowie die Allgemeine Verwaltungsvorschrift dazu eingehalten wird und auf die Anordnung von Reisetagen an allgemein dienstfreien Tagen insbesondere im Rahmen der Aus- und Fortbildung eingehalten wird.

Begründung:

Gemäß der Verwaltungsvereinbarung sollen Dienstreise nicht an allgemein dienstfreien Tagen durchgeführt (vermieden) werden. Dennoch werden insbesondere im Bereich der Ausbildung in der Bundespolizei fast ausschließlich Reisetage an Sonntagen angeordnet. Dies hat gravierende familienfeindliche Auswirkungen auf die Betroffenen. Teilnehmer aus dem Süden werden zum Erreichen der zentralen Ausbildungsstätte in Lübeck komplette Familiensonntage zerstört, als ob die Belastung der Aus- und Fortbildung nicht schon groß genug wäre. Auf der Fahne der Vereinbarkeit von Familie und Beruf wäre die Umsetzung der Verwaltungsvereinbarung ein wichtiger Schritt.in den Großstädten.

- | | | |
|--|---|--|
| <input type="checkbox"/> Angenommen | <input type="checkbox"/> Abgelehnt | <input type="checkbox"/> Arbeitsmaterial |
| <input type="checkbox"/> Arbeitsmaterial zu | <input type="checkbox"/> Erledigt durch | <input type="checkbox"/> Nichtbefassung |
| <input type="checkbox"/> Annahme in der Fassung: | | |